

Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der Einwohnergemeinde Brislach

vom 25. Mai 2005

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Brislach, gestützt auf §§ 5 und 9 des kantonalen Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 20. März 1997, § 47 Abs. 1 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970, beschliesst:

A. Allgemeines

§ 1

Zweck

Dieses Reglement vollzieht das kantonale Gesetz über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen vom 20. März 1997 und regelt die Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der kommunalen Mietzinsbeiträge.

§ 2

Bezügerkreis

¹ Familien, Alleinerziehende, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger in bescheidenen finanziellen Verhältnissen mit Wohnsitz in Brislach haben bei übermässig hohen Mietzinsbelastungen im Verhältnis zum Einkommen Anspruch auf einen Mietzinsbeitrag, wenn dadurch die Sozialhilfeabhängigkeit vermieden werden kann.

² Anspruchsberechtigt sind Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung C. Sie müssen mindestens 2 Jahre in der Gemeinde Brislach Wohnsitz haben.

§ 3**Verfahren**

¹ Gesuche um Gewährung von Mietzinsbeiträgen sind der Sozialhilfebehörde Brislach unter Beilage der notwendigen Unterlagen einzureichen.

² Die Anspruchsberechtigung beginnt mit dem 1.1. des Jahres, sofern bis zum 31.3. die von der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller eingereichten vollständigen Unterlagen vorliegen, und dauert bis zum 31.12. Bei späterer Anmeldung entsteht der Anspruch ab dem 1. des Folgemonats. Die Auszahlungen erfolgen in der Regel vierteljährlich.

³ Die Zusicherung erfolgt für eine Anspruchsperiode, längstens jedoch bis zum Eintritt einer Veränderung der Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse.

⁴ Veränderte Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse sind umgehend zu melden und bewirken für die laufende Anspruchsperiode eine Neuberechnung des Mietzinsbeitrags. Bei geringfügigen Änderungen kann auf eine Anpassung des Mietzinsbeitrags verzichtet werden. Als geringfügig gelten Änderungen der Einkommens- und/oder Vermögensverhältnisse, wenn die Neuberechnung des Mietzinsbeitrags im Vergleich zur alten Berechnung eine Differenz von höchstens Fr. 20.-- pro Monat ergibt.

§ 4**Zuständigkeit**

¹ Die Sozialhilfebehörde Brislach entscheidet im Rahmen dieses Reglementes über die Gesuche, berechnet die Höhe der Leistungen und erlässt die entsprechende Verfügung.

² Der Gemeinderat entscheidet auf Antrag der Sozialhilfebehörde Brislach über Härtefälle.

B. Anspruchsvoraussetzungen

§ 5

Subsidiarität

Mietzinsbeiträge nach diesem Reglement werden nur ausgerichtet, wenn belegt ist, dass die Antragsstellerinnen und Antragssteller ihren Anspruch auf Leistungen aus anderen Sozialversicherungen geltend gemacht haben.

§ 6

Einkommens- höchstgrenze

Das Einkommen darf die Einkommenshöchstgrenze der Antragsstellerinnen und Antragssteller nicht übersteigen. Diese setzt sich zusammen aus der massgebenden Höhe des Lebensbedarfs gemäss § 11 lit. b. und der massgebenden Höchstmiete gemäss § 9.

§ 7

Vermögens- höchstgrenze

Das Reinvermögen darf bei Alleinstehenden CHF 25'000, bei Paaren CHF 40'000 nicht übersteigen. Das Kindsvermögen wird dabei nur berücksichtigt, soweit ihm von der Antragsstellerin oder dem Antragssteller in den letzten 10 Jahren Werte zugeflossen sind. Der Einbezug dieser Vermögenswerte erfolgt analog den Berechnungen für die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV.

§ 8

Angemessenheit der Wohnungsgrösse

Ein Mietzinsbeitrag wird in der Regel nur ausgerichtet, wenn die Zahl der Zimmer jene der Bewohnerinnen oder Bewohner nicht um mehr als 1 übersteigt.

§ 9

Höchstmiete pro Monat und Haushalt

Für die Berechnung des Mietzinsbeitrags wird die Nettomiete bis zu den nachstehend aufgeführten Höchstbeträgen angerechnet:

a) 1-Personen-Haushalt	CHF	1'000
b) 2-Personen-Haushalt	CHF	1'250
c) 3-Personen-Haushalt	CHF	1'410
d) 4-Personen-Haushalt	CHF	1'580
e) ab 5-Personen-Haushalt	CHF	1'670

C. Berechnungsgrundlagen

§ 10

Einkommen

¹ Das massgebende Einkommen setzt sich zusammen aus sämtlichen Einkünften aller im gemeinsamen Haushalt lebenden natürlichen Personen.

² Als Einkommen gelten der Nettolohn, allfällige Sozialversicherungsleistungen, Stipendien, Alimente, Prämienvergünstigungen für die Krankenversicherung und weitere Einkünfte.

§ 11

Anrechenbare Ausgaben

Als anrechenbare Ausgaben gelten:

- a) im Maximum die Nettomiete gemäss § 9 zuzüglich die vertraglichen Wohnnebenkosten.
- b) der massgebende Lebensbedarf pro Monat für:

1. Rentner und Rentnerinnen	CHF	1'405
2. Rentnerpaare	CHF	2'110
3. Alleinerziehende mit		
1 Kind	CHF	2'040
2 Kindern	CHF	2'485
3 Kindern	CHF	2'850
4 Kindern	CHF	3'195
pro weiteres Kind	CHF	335
4. Paare mit		
1 Kind	CHF	2'485
2 Kindern	CHF	2'850
3 Kindern	CHF	3'195
4 Kindern	CHF	3'530
pro weiteres Kind	CHF	335

Diese Pauschalbeträge umfassen alle allgemeinen Lebenshaltungskosten.

- c) die kantonalen Durchschnittsprämien für die Grundversicherung der Krankenkassen gemäss Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen.
- d) die ausgewiesenen Betreuungskosten pro Kind bis zu einem Maximalbetrag von CHF 360.00 pro Monat.

§ 12

Berechnungsformel und Auszahlungs- modalitäten

¹ Der Mietzinsbeitrag entspricht der Differenz zwischen dem Einkommen gemäss § 10 und den anrechenbaren Ausgaben gemäss § 11 und darf die angerechnete Nettomiete gemäss § 9 nicht übersteigen.

² Der Mietzinsbeitrag wird quartalsweise ausgerichtet.

³ Mietzinsbeiträge unter CHF 60 pro Quartal werden nicht ausgerichtet.

⁴ Mietzinsbeiträge von weniger als CHF 100 pro Quartal werden für die gesamte Anspruchsperiode mit einer Zahlung ausgerichtet.

D. Schlussbestimmungen

§ 13

Anpassungen

Die Anpassung der in den §§ 7, 9 und 11 aufgeführten Beträge erfolgt durch den Gemeinderat.

§ 14

Rechtsschutz

¹ Gegen Verfügungen der Sozialhilfebehörde Brislach kann innert 10 Tagen seit Mitteilung beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden.

² Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tagen seit Mitteilung beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft Beschwerde erhoben werden.

§ 15

Unrechtmässiger Bezug

Bezügerinnen und Bezüger haben Mietzinsbeiträge, die sie durch unwahre oder unvollständige Angaben oder auf andere Weise unrechtmässig erwirkt haben, zurückzuerstatten.

§ 16

Aufhebung bisherigen Rechts

Das Mietzinsreglement vom 15. April 1998 wird aufgehoben.

§ 17

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion des Kantons Basellandschaft auf den 1. Juli 2005 in Kraft.

Namens der Einwohnergemeinde-Versammlung

Die Gemeindepräsidentin: Der Gemeindeverwalter

Doris Scheunemann Willy Buchwalder

Beschlossen durch die Einwohnergemeinde-Versammlung vom 25. Mai 2005.

Genehmigt von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion mit Verfügung Nr. 145 vom 7. Juli 2005.